SIB
Schule im Blickpunkt

E 8401
54. Jahrgang

Das Bildungsmagazin des Landeselternbeirats

Landeselternbeirat Baden-Württemberg
Eltern MitWirkung

Schulgesetz-Reform
Der Traum von effizienter Elternarbeit

Die Strukturdebatte in der Schulpolitik ist überfällig
Warum die Weigerung der neuen Landesregierung, keine Strukturdebatte führen zu wollen, falsch ist

Eltern fragen – Michael Rux antwortet
„Gefährdungsbeurteilung“ – ein Thema für Eltern

Initiative startet Buchprojekt
zum Thema „übergriffiges Lehrpersonal in staatlichen Schulen“

NV Neckar-Verlag

Juli 2021 6

Inhaltsverzeichnis

Schulgesetz-Reform
Der Traum von effizienter Elternarbeit 3

Heute und damals: Gespräch zwischen Elternvertretern
Interview mit Saskia Esken 5

Die Strukturdebatte in der Schulpolitik ist überfällig
Warum die Weigerung der neuen Landesregierung, keine Strukturdebatte führen zu wollen, falsch ist …..... 8

„Gespräche sind für mein Handeln essenziell."
Interview mit Kutusministerin Theresa Schopper 9

In Beziehung sein
Schule ist mehr als das Einfüllen von Wissen in Kinderköpfe 11

Entwicklungsimpuls statt Machtinstrument
Trainingsinsel an der Schule Neuenstein 12

„Genau hinsehen und zuhören"
Das soziale Miteinander in der Schulgemeinschaft ist für gutes Lernen essenziell 13

ArbeiterKind.de
Als Erstakademikerin an die Hochschule: Jessica Müller 14

Eltern fragen – Michael Rux antwortet
„Gefährdungsbeurteilung" – ein Thema für Eltern 15

Aktion Jugendschutz (ajs)
Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg 16

Initiative startet Buchprojekt
zum Thema „übergriffiges Lehrpersonal in staatlichen Schulen" 17

Initiative gegen Gewalt und sexuelle Belästigung in unserer Schule
Interview mit Johannes Heibel 18

Spiel, Spaß, Probleme lösen:
Game-based Learning im Blickpunkt 20

Woche 60@Corona:
Ich wünsche Dir „gute Antikörperbildung"
Schadet das Virus dem Gehirn? 22

Wie geht es weiter?
Die Kuh muss vom Eis – aber nicht warten, bis der See aufgetaut ist! 23

Liebe Leserinnen und Leser!

Es geht schon wieder los, bzw. wir sind schon wieder an dem Punkt angekommen, wo es scheint, dass man Schulschließungen billigend in Kauf zu nehmen beabsichtigt. Bevor überhaupt brauchbare Daten zu „Delta" auf dem Markt sind, wird fleißig darüber diskutiert, wie man möglichst wieder Schulen teilweise schließen und Schülerinnen und Schüler in den Wechselunterricht schicken kann. Es fehle an FFP2-Masken für Kinder – die gibt es zwar seit Mitte letzten Jahres, aber Politiker müssen diesbezüglich wohl auch nicht unbedingt gründlich recherchieren, sondern hauptsächlich schnell und laut hinausrufen. Zumal wir doch gelernt haben, dass es nach dem Schweizer-Käse-Prinzip weniger um den Schutz durch eine einzige Maßnahme geht, sondern um das sinnvolle Zusammenspiel.

Michael Mittelstaedt, Vorsitzender des 19. Landeselternbeirats

„Kids first" muss es nun heißen. Eineinhalb Jahre lang haben wir als Gesellschaft zum Schutz der vulnerablen Gruppen und anderer Mitglieder unserer Gesellschaft Kindern die Teilhabe an Bildung massiv eingeschränkt. Haben wir uns entschuldigt, dass viele von uns trotz der klaren Situation in Risikogebiete gereist sind, ihren Spaß hatten und zu Treibern der Pandemie wurden? Südtirol war so sinnlos wie ein Kropf und dafür sollten wir uns an die eigene Nase fassen. Ebenso dafür, dass wir im Freizeitbereich vieles zu tun bereit sind, aber im schulischen Bereich einen Stillstand akzeptieren, der nur im Staatsdienst so möglich ist. Es gibt sie: Krisensichere Klassenzimmer mit geregelter Lüftung, Platz, ordentlicher Arbeitsplatzbeleuchtung und ergonomischem Mobiliar. Sind uns unsere Kinder das nicht wert oder warum verweigern wir ihnen das, was wir jedem Büroarbeiter in der Gesellschaft selbstverständlich zur Verfügung stellen? Wie erbärmlich ist es, dass wir uns hinter Argumenten verstecken, die wir selbst nicht wirklich glauben, weil sie einfach an den Haaren herbeigezogen sind? Mir persönlich tut es sehr leid, dass wir als Eltern nicht bestimmen können, dass unseren Kindern bestes Umfeld, bestes Material und bestes Personal zur Verfügung gestellt wird – hier fehlt ganz klar ein Mitbestimmungsrecht. Stattdessen beklagt sich das Personal – sicherlich teilweise berechtigt – bei Kindern, Jugendlichen und Eltern über seine Arbeitszustände. Dafür habe ich Verständnis, aber ganz ehrlich, mir würde man sagen „dann wechsle doch Deinen Job". Kein anderer Arbeitnehmer beklagt sich bei den Kunden über seine Arbeitszustände, sondern beim Arbeitgeber.

Was sollen denn unsere Kinder sagen? Die haben eben keine Wahl. Ebenso fragt niemand die Eltern, ob sie – man muss ganz klar konstatieren, dass sie weder gefragt wurden, noch dafür ausgebildet sind – den Beschulungs- und Betreuungsaufwand überhaupt stemmen können. Daher die ganz klare Forderung: Statt irgendwelchen anderen Gruppen nun zu mehr Freiheiten zu verhelfen, muss jetzt Voll-Präsenz-Unterricht mit maximaler Anstrengung sichergestellt werden. „Sicher" im Sinne von zuverlässig und unter möglichst gesundheitlich sicheren Bedingungen.

Herzlichst, Ihr

Michael Mittelstaedt

Die Strukturdebatte in der Schulpolitik ist überfällig

Warum die Weigerung der neuen Landesregierung, keine Strukturdebatte führen zu wollen, falsch ist

Wir erinnern uns an 2011: Die GRÜNEN übernahmen zusammen mit der SPD aus zwei Minderheiten heraus die Landesregierung. Beide Parteien plädierten für längeres gemeinsames Lernen, beide Parteien waren für die Einführung der Gemeinschaftsschule mit Möglichkeiten, dort eine Oberstufe zu bilden.

Die Grünen wären etwas schneller vorgegangen, überließen aber dann der SPD das Kultusministerium, so wie 2016 dann der CDU. Jetzt, 2021, übernehmen sie dieses Ministerium und man darf gespannt sein, wie eine grüne Kultusministerin agieren wird. Dass zu Beginn der Koalitionsverhandlungen die Presse darüber berichtete, dass keine der beiden Parteien bereit war, dieses Ministerium, das doch das Zentrum föderaler Hoheit ist, zu übernehmen, lässt aber kaum auf wirkliche Verbesserungen hoffen, ebenso wie die Ankündigung, keine Strukturdebatte führen zu wollen. Ob Theresa Schopper nur verwaltet oder auch gestaltet, wird sich zeigen. Der Koalitionsvertrag lässt allerdings kaum hoffen, dass nun wirklich der überfällige Bildungsaufbruch startet. Derzeit sieht es eher nach einem grün-schwarzen Schulfrieden aus.

Was zu tun wäre, in Kurzform – denn eigentlich wäre ein Buch damit zu füllen:

Da wäre zunächst die „Schule für alle“. Alle relevanten Bildungsforscher*innen, alle internationalen Studien zeigen eines: Ein so stark zergliedertes Schulsystem wie das in Baden-Württemberg sorgt am Ende dafür, dass Bildungsgerechtigkeit nicht hergestellt werden kann. Kinder, die länger gemeinsam im Klassenverbund bleiben, profitieren davon – die Schwächeren genauso wie die Stärkeren.

Die Alliierten wollten das gegliederte Schulsystem in Deutschland abschaffen. Diese Schulstrukturen aus der Weimarer Republik wurden mit dafür verantwortlich gemacht, dass imperialistische und militaristische Haltungen so verbreitet in der Gesellschaft waren. Auch ging man davon aus, dass „das tradierte deutsche Schulsystem „bei einer kleinen Gruppe eine überlegene Haltung und bei der Mehrzahl der Deutschen ein Minderwertigkeitsgefühl entwickelt, das jene Unterwürfigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, auf denen das autoritäre Führerprinzip gedieh“ (Bericht der Zook-Kommission, zitiert nach Herrlitz 2005, 159).

Zerrieben wurde diese Reform durch konservative Kräfte in den Kultusministerien nach dem Krieg, durch Lobbyismus für das mehrgliedrige Schulsystem in Wahlkämpfen und der fehlenden Bereitschaft der West-Alliierten, dies in der Bundesrepublik durchzusetzen. Mit dem Gespenst der Debatte um „Freiheit oder Sozialismus“ wurde mit dem Verweis auf die Einheitsschule der DDR eine ideologische Debatte geführt, deren Argumente bis heute von interessierter Seite hervorgeholt werden, wann immer es um das dreigliedrige Schulsystem geht.

Obwohl man klare Erkenntnisse hat, wo Deutschland insgesamt bei internationalen Vergleichen steht, obwohl es seit den 1960er Jahren klare Erkenntnisse darüber gibt, wie schädlich diese Dreigliedrigkeit ist und welche Probleme sie schafft, bleibt es bis heute dabei. Veränderungen sind eher marginal, Gemeinschaftsschulen wurden als „Einheitsschule“ diffamiert und sind an manchen Orten leider auch nur zu „besseren“ Werkrealschulen geworden. Oft genug hat ein*e Bürgermeister*in am Ende sich nur dafür entschieden, weil somit gewährleistet werden konnte, dass es überhaupt noch eine weiterführende Schule im Ort gab.

Im System heute wird gemessen und getestet – die Frage nach dem zu geltenden Maßstab wird aber nicht gestellt. Was wollen wir erreichen, mit welchen Mitteln?

Und dass am Ende die Inklusion in einem so zergliederten System nicht garantiert oder gar realisiert werden kann, noch nicht einmal ansatzweise, ist natürlich kein Wunder. Sondern gewollt. Weder Schule noch Arbeitsmarkt sind inklusiv, am Ende gibt es für Menschen mit Einschränkungen nur das, was vom Tisch fällt. Getrennte Schulen, getrennte Arbeitsstellen, Letztere mit einem Taschengeld abgegolten oder nur durch hohe Fördergelder für Arbeitgebende realisierbar. Dass der Umgang mit Behinderten im Alltag in Italien ein ganz anderer ist als hierzulande, ist eine der Folgen dieser Politik. Wie sagte es eine Bekannte? „Wenn ich in Italien in Urlaub bin, ist das auch ein Urlaub vor den Blicken, die mir in Deutschland zugeworfen werden, wenn ich mich in der Öffentlichkeit bewege. Dort ist man an den Anblick von behinderten Menschen gewöhnt.“

Grenzen der Debatte

Angesichts der Art und Weise, wie die Debatte geführt wird, kann man guten Gewissens heutzutage nur für ein zweisäuliges Schulsystem plädieren. Eine Gemeinschaftsschule bis Klasse 10, ein Gymnasium ab Klasse 8 für die, die wollen, oder sogar erst ab der Oberstufe. Das wäre mein Bild eines idealen Säulenmodells in Baden-Württemberg, das mittelfristig anzustreben wäre. Langfristig die Abschaffung der Gymnasien – womit dann auch die leidige G8/G9-Debatte zu Ende wäre. Mehr Eigenständigkeit für die Schulen selbst,

sodass sie auf die jeweils individuelle Situation vor Ort eingehen können, gehörte dazu. Es wird Zeit, dass der Standesdünkel, der überhaupt erst zu dieser Gliedrigkeit geführt hat, überwunden wird. Die Analysen der Alliierten waren durchaus richtig. Da Demokratie und soziales Verhalten von früh auf gelernt werden, sind inklusive, integrative und demokratische Schulen auch ein Garant dafür, dass die großen Spaltungen in der Gesellschaft überwindbarer werden.

Kurz angerissen: Demokratie und Finanzierung

Bundesweit muss dafür gesorgt werden, dass alle Schulen in gleicher Art und Weise finanziert werden. Es kann und darf nicht sein, dass Schulgebäude vergammeln, dass moderne Lernformen nur da umgesetzt werden, wo es bezahlbar ist. Der Bildungsföderalismus muss an dieser Stelle seine Grenzen finden.

Und: Schulen und Bildungspolitik müssen demokratischer werden. Es reicht nicht, dass die Schulkonferenzen paritätisch besetzt sind – auch die Schulbeiräte in den Gemeinden und der Landesschulbeirat muss zu je einem Drittel mit Vertreter*innen der Lehrer/Ministerium, Eltern und Schüler*innen besetzt werden. Ebenso wie der Landeseltern- und Schüler*innenbeirat auf Augenhöhe mit dem Ministerium beraten können muss. Es braucht Berechtigungen, Vorschläge machen zu dürfen, eine Rückmeldepflicht zur Ablehnung von solchen Vorschlägen auch bei Stellungnahmen, Mitspracherecht bei Bildungsplänen und in bestimmten Punkten sogar Vetorechte.

Jörg Rupp

„Gespräche sind für mein Handeln essenziell.“

Interview mit Kultusministerin Theresa Schopper

Mit der Grünen Theresa Schopper übernimmt eine kommunikationsstarke Politikerin das Amt der Kultusministerin, die selbst zwei Kinder durch ihre Schulzeit begleitet hat. Bei den Eltern ist der Wechsel an der Amtsspitze mit einer großen Hoffnung auf eine neue Dialog- und Umgangskultur im Bildungsbereich verbunden.

Kultusministerin Theresa Schopper

SiB: Liebe Frau Ministerin, herzlichen Glückwunsch zur neuen Aufgabe. Auf was freuen Sie sich am meisten?

KM Schopper: Ich freue mich vor allem auf viele Begegnungen mit vielen verschiedenen Menschen. Gespräche mit allen Beteiligten sind für mein Handeln essenziell. Die Landesregierung steht schließlich auch für die „Politik des Gehörtwerdens“ und diese möchte ich im Bildungsbereich vorleben – auch wenn ich sicherlich nicht alle Wünsche, die an mich herangetragen werden, erfüllen kann.

SiB: Wir haben das Jahr 2021. Was bedeutet für Sie „Schule des 21. Jahrhunderts“?

KM Schopper: Die Schule des 21. Jahrhunderts ist eine digitale Schule, darüber müssen wir nicht diskutieren. Die Schlussfolgerung, dass wir für die Schule des 21. Jahrhunderts die bestehenden Einrichtungen einfach nur digitalisieren müssen und dann wird alles gut, ist mir allerdings zu einfach. Es gehört nämlich auch zur Schule des 21. Jahrhunderts, elementare Erkenntnisse der Pädagogik weiter zu berücksichtigen. Nicht alles kann digital stattfinden, zur Schule gehören auch soziale Kontakte, soziales Lernen. Zudem ist für guten Unterricht nach wie vor die Lehrer-Schüler-Beziehung entscheidend. An den Schulen wird außerdem die Heterogenität weiter steigen. Schulen müssen künftig also das Aufeinandertreffen einer Vielzahl an Begabungen, Interessen, aber auch sozialen Herausforderungen und Lebensmodellen managen. In der Schule dieses Jahrhunderts sollten Lehrkräfte deshalb in multiprofessionellen Teams durch weitere Fachkräfte bei ihrer Arbeit unterstützt werden, zum Beispiel durch Sozialarbeiter*innen und andere Berufsgruppen. Den Einstieg dazu wollen wir mit einem Konzept für den Einsatz dieser Teams an Grundschulen machen.

SiB: In den letzten Jahren wurde viel über Bildungsqualität gesprochen. Woran erkennt man gute Bildung?

KM Schopper: Das ist eine schwierige Frage. Was gute Bildung ist, lässt sich gar nicht so einfach beantworten. Ich denke, wir haben den Schülerinnen und Schülern eine gute Bildung vermittelt, wenn sie einerseits das Fachwissen und die Kompetenzen haben, um in der Welt zurechtzukommen. Und wir haben ihnen gute Bildung vermittelt, wenn wir ihnen andererseits an den Schulen auch eine psychologische und soziale Entwicklung ermöglicht haben, die sie in diesem Bereich fit für die Welt da draußen macht. Entscheidend ist letztlich dabei, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um die individuellen Potenziale jeder Schülerin und jedes Schülers zu heben.

SiB: Welche Bedeutung haben für Sie bildungswissenschaftliche Erkenntnisse und die Stimmen aus der Schulpraxis?

KM Schopper: Eine sehr große. Den Dialog möchte ich schließlich mit allen am Schulleben Beteiligten führen und ihre Stimmungen, Meinungen und Ideen aufnehmen. Die wissenschaftliche Expertise hat für mich ebenfalls eine sehr große Bedeutung. Wir haben im Koalitionsvertrag nicht umsonst vereinbart, dass wir die Rolle des wissenschaftlichen Beirats des Kultusministeriums und auch jene von Praktiker*innen verstärkt mit einbeziehen. Beides zusammen – die Einschätzungen und Meinungen aller am Schulbetrieb Beteiligten und aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse – sollen die Basis für unsere Entscheidungen sein.

Schule im Blickpunkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

Schule im Blickpunkt informiert engagierte Eltern und Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch Shule im Blickpunkt viele Hilfestellungen, Einblicke in schulrelevante Themengebiete sowie Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Abonnieren Sie Schule im Blickpunkt für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z. B. auch über Sponsoring geschehen.

Bleiben Sie informiert: Sofern Sie noch nicht zum Abonnenten- oder Empfängerkreis gehören, empfehlen wir Ihnen als interessierte Eltern, sich diese Zeitschrift für den eigenen persönlichen Gebrauch zu abonnieren.

Schule im Blickpunkt

- erscheint sechsmal jährlich
- 1. Ausgabe eines Jahrgangs erscheint zum Schuljahresanfang.
- Jede Ausgabe DIN A4 mit ca. 24 Seiten

Best.-Nr.	07
Jahresabonnement	€ 12,– (Preis inkl. Porto € 16,38)
Einzelpreis	€ 2,50 (zzgl. Porto)

Gut und aktuell informiert durch's Schuljahr für nur € 16,38 im Jahr!

BESTELLCOUPON

Hiermit bestelle ich auf Rechnung:

___ Schule im Blickpunkt **Jahresabonnement** € 12,– (Preis inkl. Porto € 16,38)

___ Schule im Blickpunkt **Probeexemplar** kostenlos

Meine Anschrift Kd.-Nr. _____

_____
Vor- und Nachname

_____
Strasse

_____
PLZ, Ort

_____
E-Mail

_____
Datum und rechtsverbindliche Unterschrift SiB

❒ Ich möchte regelmäßig den Newsletter über aktuelle Themen und Neuerscheinungen erhalten.

Bestellcoupon ausfüllen und einsenden an:

Neckar-Verlag GmbH • 78045 Villingen-Schwenningen
bestellungen@neckar-verlag.de • www.neckar-verlag.de
Fax +49 (0)77 21 / 89 87-50

***Widerrufsrecht** bei Bestellungen: 14 Tage.*
Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (schriftlich).
***Datenschutz:** Ihre Daten speichern wir zur Geschäfts- und Bestellabwicklung und um Sie über unsere Neuheiten im Bereich Schule per Post zu informieren. Ihre Adresse sowie die E-Mail-Adresse geben wir an einen Versanddienstleister weiter. Sie können der Verwendung Ihrer Daten jederzeit widersprechen, es fallen keine Kosten an. Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter www.neckar-verlag.de./datenschutz*

Der 19. Landeselternbeirat

Geschäftsstelle des LEB
Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/741094, Telefax 0711/741096, *info@leb-bw.de*

Vorstand:

Vorsitzender:	Michael Mittelstaedt
Stellv. Vorsitzende:	Manuela Afolabi, Petra Rietzler, Eberhard Herzog von Württemberg
Kassenwart:	Dr. Matthias Zimmermann
Stellv. Kassenwartin:	Charlotte Brändle
Schriftführerin:	Anne Mone Sahnwaldt

	Regierungsbezirk Freiburg	Regierungsbezirk Karlsruhe	Regierungsbezirk Stuttgart	Regierungsbezirk Tübingen
Grundschule	Prof. Dr. Sérgio F. Fortunato *fortunato@leb-bw.de*	Katrin Ballhaus *ballhaus@leb-bw.de*	Tabea Lunghamer *lunghamer@leb-bw.de*	Simon Hausmann *hausmann@leb-bw.de*
Gemeinschaftsschule	Petra Rietzler *rietzler@leb-bw.de*	Jeannette Tremmel *tremmel@leb-bw.de*	Miriam Kuhn-Gültekin *kuhn-gueltekin@leb-bw.de*	Susanne Petermann-Mayer *petermann-mayer@leb-bw.de*
Werkrealschule/ Hauptschule	*nicht besetzt*	*nicht besetzt*	Silke Pantel *pantel@leb-bw.de*	*nicht besetzt*
Realschule	Harry Müller *mueller@leb-bw.de*	Thorsten Papendick *papendick@leb-bw.de*	Manuela Afolabi *afolabi@leb-bw.de*	Jürgen Czirr *czirr@leb-bw.de*
Gymnasium	Michael Mittelstaedt *mittelstaedt@leb-bw.de*	Dr. Matthias Zimmermann *zimmermann@leb-bw.de*	Michael Mattig-Gerlach *mattig-gerlach@leb-bw.de*	Frank Häber *haeber@leb-bw.de*
Sonderpäd. Bildungs- und Beratungszentren	Anne Mone Sahnwaldt *sahnwaldt@leb-bw.de*	Eberhard Herzog von Württemberg *wuerttemberg@leb-bw.de*	Nancy Ohlhausen *ohlhausen@leb-bw.de*	Sabine Luncz *luncz@leb-bw.de*
Berufsschule	Gabriele Hils *hils@leb-bw.de*	Sabrina Wetzel *wetzel@leb-bw.de*	Dunja Recht *recht@leb-bw.de*	*nicht besetzt*
Berufliches Gymnasium	Irina Obert *obert@leb-bw.de*	Jörg Rupp *rupp@leb-bw.de*	Ulrich Kuppinger *kuppinger@leb-bw.de*	Norbert Hölle *hoelle@leb-bw.de*
Schulen in freier Trägerschaft	Charlotte Brändle *braendle@leb-bw.de*			

Impressum: Herausgeber: Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Telefon (0711) 741094, Vorsitzender: Michael Mittelstaedt – Redaktionsleitung: Irina Obert, Hohackerstraße 25, 77791 Berghaupten. Redaktion: Anne Mone Sahnwaldt, Dr. Ulrike Felger, Michael Mattig-Gerlach, Jörg Rupp. – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: *info@neckar-verlag.de*, Internet: *www.neckar-verlag.de* – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 12,– zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers oder des Verlags. Zuschriften nur an die Redaktionsleitung: *sib@leb-bw.de*. Die Datenschutzbestimmungen der Neckar-Verlag GmbH können Sie unter *www.neckar-verlag.de* einsehen. Titelbild: © robert collins, unsplash